Interkantonale Koalition für eine echte Gesundheitspolitik

Das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) ist seit 1996 in Kraft. Damals wurde es als sozialer Fortschritt dargestellt, da es den universellen Zugang zur Gesundheitsversorgung garantieren sollte. Rund 20% der Bevölkerung hatten keine Krankenversicherung. Das KVG erklärte, eine Solidarität zwischen Kranken und Gesunden, zwischen Jungen und Alten herstellen zu wollen. Es behielt jedoch zwei wesentliche Mängel bei: die Finanzierung der Gesundheitsleistungen über eine einkommensunabhängige Kopfprämie und die Steuerung durch die Krankenkassen, also durch private Unternehmen, die auf dem sehr gewinnbringenden Markt der Zusatzversicherungen tätig sind.

30 Jahre später sind die Prämien um 173% gestiegen (viermal so stark wie das BIP) und machen bis zu 18 % des Haushaltseinkommens aus, obwohl sie gemäss den Versprechungen des Bundesrats bei der Abstimmung über das KVG 8% nicht überschreiten sollten. Ein Viertel der Bevölkerung verzichtet auf notwendige Gesundheitsleistungen, während die Macht der Krankenkassen bei der Steuerung des Systems und der Behandlungsabläufe erheblich gestärkt wurde.

Das Schlimmste steht bevor

Um die «explodierenden Gesundheitskosten» zu bekämpfen, bereitet die parlamentarische Mehrheit den Abbau der Restbestände der Sozialversicherung im KVG vor: Erhöhung der Beteiligung der Versicherten durch höhere Mindestfranchisen, Schaffung einer Sonderfinanzierung für ältere Versicherte (Ende der Solidarität zwischen Jung und Alt), Abschaffung des Kontrahierungszwangs (nach EFAS, Rückkehr des *Managed Care*), wodurch die freie Arztwahl nur noch denjenigen vorbehalten wäre, die sich diese leisten können. Der Bund lockert jedoch nicht den Druck auf das Pflegepersonal. Er weigert sich, auf die Bedürfnisse vor Ort einzugehen, wie es die in der Volksabstimmung mit 61% Ja-Stimmen angenommene Pflegeinitiative gefordert hatte.

Eine dringende und notwendige Alternative

Ein tiefgreifender Wandel ist notwendig. Er muss den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung in Bezug auf die Finanzierung der Gesundheitsausgaben und den Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie den Bedürfnissen der verschiedenen Gruppen des Gesundheitspersonals in Bezug auf die Arbeitsbedingungen gerecht werden. Die Gesundheit muss ganzheitlich und in allen Bereichen der öffentlichen Politik betrachtet werden, unter Berücksichtigung ihrer sozialen und ökologischen Bestimmungsfaktoren.

Wir setzen uns für ein System ein, das sich auf vier Grundsätze abstützt:

- Gesundheit beschränkt sich nicht auf die Gesundheitsversorgung, sondern muss auch die Gesundheitsförderung und die Prävention von Krankheiten und Unfällen umfassen. Der Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz und die Bekämpfung der gesundheitlichen Folgen des Klimawandels müssen zu nationalen Handlungsprioritäten werden;

- Gesundheit ist ein Gemeingut. Öffentliche Dienstleistungen müssen im Mittelpunkt des Gesundheitssystems stehen;

- Die Krankenversicherung darf nicht mehr von privaten Kassen verwaltet werden, sondern muss in einem öffentlichen Einheitskassensystem mit einer Governance unter Einbeziehung der

Behörden, der Versicherten, der Ärzteschaft und der verschiedenen Gruppen des Gesundheitspersonals organisiert werden;

- Die Finanzierung der Gesundheitsleistungen muss entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgeteilt werden.

Kollektiver Aufbau dieser Alternative

Der gewinnorientierte Privatsektor bestimmt die meisten Entscheidungen des Parlaments. Diese Alternative kann sich daher nur durch eine breite Koalition durchsetzen, die die Perspektive der Lancierung einer oder mehrerer Volksinitiativen einbezieht. Wir laden alle interessierten Personen und Organisationen ein, sich der Koalition für eine echte Gesundheitspolitik anzuschließen.